

Rede von Susanne Riess-Passer vor dem Nationalrat (Wien, 20. September 2000)

Quelle: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich. XXI.; 36. Sitzung. 20.09.2000. Wien.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_susanne_riess_passer_vor_dem_nationalrat_wien_20_september_2000-de-43b3e32d-7ee0-4bde-9137-f21257c4cc40.html

Publication date: 07/09/2012

Rede von Susanne Riess-Passer vor dem Nationalrat (Wien, 20. September 2000)

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In den letzten Wochen und Monaten war sehr oft und viel von europäischen Werten die Rede. Eine genaue und klare Definition dieser Werte wurde eigentlich nie vorgenommen, die Definition war nebulos, und vor allem wurde ein wichtiger Grundsatz außer Acht gelassen, nämlich dass Werte für alle zu gelten haben, dass der Maßstab, mit dem man Österreich misst, selbstverständlich auch für alle anderen in Europa zu gelten hat, und dass Moral nicht nur von den anderen erwartet werden kann, sondern dass man sie auch selbst zu beherzigen hat. (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Ein moralisch erhobener Zeigefinger gegen andere macht einen noch lange nicht zu einer moralischen Instanz – weder in Europa noch in Österreich. Und vor allem kann sich niemand anmaßen, sich durch Berufung auf angebliche moralische Prinzipien zu einer Überinstanz über den höchsten Souverän in Österreich, nämlich die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, zu erheben. (Neuerlicher Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Es war für viele Menschen – nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa – ernüchternd, zu sehen, wie leicht man ohne Federlesen zu undemokratischen Mitteln gegriffen hat, angeblich zum Schutz der Demokratie.

Wir in Österreich – ich hoffe, auch in Europa – sind uns einig, dass das oberste Grundprinzip unserer Verfassung die Demokratie bildet, die selbst Grundvoraussetzung dafür ist, überhaupt Mitglied der Europäischen Union werden zu können.

Demokratie heißt in Österreich wie in jedem anderen Land, dass das Volk das Recht hat, in freien und demokratischen Wahlen sein eigenes Parlament zu wählen und damit auch seine Regierung zu bestimmen. Es gibt keine Instanz – weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene –, die sich über diese Entscheidung hinwegsetzen darf. (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Die Europäische Gemeinschaft ist eine Vereinigung von 15 gleichberechtigten Staaten, souveränen Staaten mit gleichen Rechten und Pflichten, egal, ob diese Staaten groß oder klein sind.

Charles de Gaulle, einer der Gründerväter der Europäischen Union, hat 1963 erklärt: Unsere Annäherung und danach unsere Union haben wir in die Wege geleitet, um gemeinsam handeln zu können. – Gemeinsames Handeln und Solidarität sind die tragenden und im EU-Vertrag verankerten Säulen der Europäischen Union und die politischen Handlungsmaximen des europäischen Integrationsprozesses. Eine aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Regierung zu isolieren und ein ganzes Land an den Pranger zu stellen, ist eine Vorgangsweise, die in krassem Widerspruch zu diesen Grundprinzipien, nämlich der Gemeinsamkeit und der Solidarität, steht. (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Europa – das sage ich in aller Deutlichkeit – hat nicht das Recht, Österreich oder irgendeinem anderen Mitgliedsland vorzuschreiben, welche Regierung es zu bilden hat. (Neuerlicher Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist in den vergangenen Tagen immer wieder im Mittelpunkt von Diskussionen gestanden. Ich unterstreiche dieses Recht 100-prozentig – wir alle, die gesamte Bundesregierung, tun dies (Zwischenruf des Abg. Schwemlein) –, ich hielte es aber für sehr angebracht, dass all jene, die für sich das Recht auf freie Meinungsäußerung selbstverständlich beanspruchen, mit derselben Vehemenz auch für das Recht auf freie demokratische Meinungsäußerung in Form von Wahlen eintreten, und zwar auch dann, wenn das Ergebnis der Wahl nicht so ist, wie man es sich gewünscht hatte. (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Meine Damen und Herren von der Opposition! Respekt vor der Entscheidung des Wählers ist auch ein europäischer Wert, den es zu verteidigen gilt. (Neuerlicher Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Ich sage das vor allem an die Adresse all jener, die glaubten, eine ihnen nicht genehme Regierungsbildung durch Druck aus dem Ausland verhindern oder rückgängig machen zu können, genauso aber auch an die Adresse von Regierungschefs, die glaubten, freie Wahlen nicht respektieren zu müssen.

Auch wenn sich letztlich die Vernunft durchgesetzt hat und gemäß den Empfehlungen der drei Weisen die Aufhebung der EU-Unrechtssanktionen gegen Österreich erfolgt ist, erfordern die Entwicklungen der letzten Monate eine eingehende Analyse und daraus abzuleitende Schlussfolgerungen.

"Österreich, der ‚Musterschüler‘ der Europäischen Union", so schreibt Karl-Peter Schwarz in der "Presse", "hat in den vergangenen Monaten schmerzhaft erfahren müssen, daß auch die EU nicht das Paradies auf Erden ist, daß selbst von einer Staatengemeinschaft, die sich als demokratisch und liberal versteht, Gefahren ausgehen können, gegen die man sich schützen muß." – Zitatende.

Eine der Gefahren, gegen die man sich in Europa schützen muss, ist die Bestrebung, ein Europa zweier Klassen zu schaffen: eine Avantgarde einiger weniger großer Staaten, ein Direktorium eines Kerneuropas, das Richtung und Tempo bestimmen will.

Wachsamkeit gegenüber zentralistischen Tendenzen der EU als Rückständigkeit zu bespötteln oder als Chauvinismus zu diffamieren, ist grobe Fahrlässigkeit, das haben die Ereignisse der letzten Monate deutlich gemacht.

Österreich wird – so wie andere kleine Staaten der Europäischen Union – in Hinkunft eine viel aktivere Rolle bei der Gestaltung der EU spielen müssen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, dass existentielle Lebensinteressen unseres Landes unter die Räder kommen. (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Die Wahrung der Einstimmigkeit in für Österreich zentralen Fragen, wie zum Beispiel betreffend Wasserressourcen, Raumordnung, Bodennutzung oder Wahl der Energieträger, ist einer dieser Punkte. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Darüber hinaus werden wir lernen müssen, Diskussionen über Chancen und Risiken von Integrations- und Erweiterungsschritten offen zu führen (Abg. Schieder: ... verschleudert unseren Wald selber!), Herr Kollege Schieder, ohne sachliche Argumente mit dem "Killerargument" der Europafeindlichkeit abzutun. (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Vor allem aber muss uns bewusst sein, dass es eine tiefe Vertrauenskrise zwischen der Union und ihren Bürgern gibt. Die Sanktionen gegen Österreich haben diese Kluft noch viel tiefer gemacht.

Die österreichische Bundesregierung hat in den letzten Wochen und Monaten nicht nur große Unterstützung seitens der österreichischen Bevölkerung erfahren, die in vielen persönlichen Begegnungen und unzähligen Briefen zum Ausdruck gekommen ist – dafür bedanken wir uns aufrichtig und von ganzem Herzen (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP) –, sondern Österreich hat darüber hinaus enormen Zuspruch von Menschen aus ganz Europa erfahren, die unser Land kennen und die über die ungerechtfertigten Vorwürfe und Sanktionen gegen Österreich zutiefst empört waren.

Dass die Verhängung dieser Sanktionen quasi über Nacht erfolgte, ohne Befassung des Europäischen Parlaments geschweige denn der nationalen Parlamente, ist ein Spiegelbild eines ganz gravierenden Demokratiedefizits der Europäischen Union. Man darf sich wirklich nicht wundern, dass die Menschen in Österreich und Europa das Gefühl haben, dass in Brüssel über ihre Köpfe hinweg entschieden wird.

Man darf sich auch nicht wundern, dass die Bürger den Glauben an die hehren Ideale der Integration verlieren, wenn ein Außenminister eines EU-Staates sagt: "Mein Ziel ist es, die österreichische Regierung zu stürzen!", wenn ein anderer eine österreichische Regierungspartei als "haarige Bestie im Nadelstreif" bezeichnet und wenn ein dritter sagt: "Ich werde den Teufel tun und mich bei Österreich entschuldigen!" (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Sollen wir uns die politischen Eliten Europas wirklich so vorstellen? Sollen das die Wortführer eines neuen Europas sein? (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Ist das die Sprache, die Europa einen und erweitern wird? – Ich frage Sie das ganz im Ernst, meine Damen und Herren, denn ich bezweifle das sehr, und mit mir tun das viele, nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa. (Neuerlicher Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Ich bin sehr dafür, dass wir uns mit der Sprache in der Politik kritisch auseinander setzen (Zwischenrufe bei der SPÖ), aber das Verteilen von Zensuren an andere ist dann nicht besonders glaubwürdig, Herr Kollege Gusenbauer, Herr Kollege Edlinger und andere von der SPÖ-Fraktion, wenn Sie selbst laufend den verbalen Dreschflegel betätigen. Dasselbe gilt auch für die europäische Ebene. (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Das Messen mit zweierlei Maß, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, ist keine moralische Kategorie, mit der man beeindrucken kann. (Neuerlicher Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Einen Bericht über die Situation in Österreich einzufordern, ist gut und schön. Wir haben nichts zu verbergen und wir brauchen uns nicht zu verstecken. Deshalb ist es auch nur folgerichtig, dass der Bericht der drei Weisen nicht nur zu dem Schluss kam, dass die österreichische Integrationspolitik problemlos mit dem europäischen Niveau mithalten kann, sondern auch ausführt, dass die Minderheitenpolitik in Österreich und die in diesem Bereich vorhandenen Standards sogar noch weit über dem europäischen Niveau liegen. Brandfackeln gegen Ausländer, Menschenjagd gegen Flüchtlinge, Schändung von Friedhöfen und Synagogen, Nazitumulte und Straßenschlachten: All das ist heute traurige europäische Realität – aber es ist nicht Realität in Österreich! (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Diese Bundesregierung – das kann ich Ihnen versichern – wird alles daran setzen, dass es auch so bleibt, dass Österreich friedlich und sicher bleibt für jeden, der in diesem Land lebt. Wachsamkeit ist daher sehr wohl angebracht.

Wir werden sehr wachsam alle Entwicklungen in Europa beobachten. Wir werden sehr genau darüber wachen (Zwischenruf des Abg. Öllinger), dass die Grund- und Freiheitsrechte ebenso wie die Grundprinzipien moderner Verfassungsstaaten, nämlich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltentrennung, aus der Diskussion über europäische Werte nicht ausgeblendet werden.

Das bedeutet für mich aber auch ganz klar, dass es mehr Mitbestimmung für die Bürger in Europa geben muss. Als der EU-Kommissar für Erweiterungsfragen Verheugen unlängst den Vorschlag machte, direkt-demokratische Instrumente bei großen und für Europa weitreichenden Entscheidungen wie zum Beispiel der Osterweiterung einzusetzen, folgte kollektive Empörung der so genannten politischen Eliten auf dem Fuße. Man könne doch, so die fast einhellige Meinung der veröffentlichten Meinung, dem Volk eine so komplizierte Entscheidung gar nicht zumuten – als wäre die europäische Integrationspolitik eine Art Geheimwissenschaft, mit der sich nur Fachleute und Technokraten beschäftigen können.

Ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, wäre sehr vorsichtig bei der Qualifizierung, wofür die Bürger gescheit genug sind und wofür nicht. (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Es geht hier nicht nur speziell um die Osterweiterung, sondern grundsätzlich darum, dass es prinzipiell keine Frage geben kann, die man dem Bürger nicht zur Entscheidung vorlegen kann. Jede Entscheidung ist dem Bürger zumutbar – und vor allem ist den Bürgern die Wahrheit zumutbar. (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es durchaus auch Unterstützung für den Verheugen-Vorschlag gegeben hat von einer Seite, von der man es eigentlich gar nicht vermutet hätte, wie zum Beispiel von Oskar Lafontaine, der ja bis vor kurzem noch zur sozialistischen Führungselite in Europa gehörte, und vom ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog. Ich halte es prinzipiell für positiv, dass damit eine Diskussion in Gang gekommen ist, die seit Jahren nur als Randthema der Union behandelt wurde,

die für mich aber eine zentrale Frage ist, nämlich die Beseitigung des eklatanten Demokratiedefizits der EU und die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips im Sinne der Bürgernähe. (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Diese Diskussion muss bei einem Neubeginn Europas ins Zentrum gerückt werden, wenn man es mit dem Miteinander ernst meint. Und wenn wir es ernst meinen mit dem Miteinander in Europa, dann bedeutet das auch, dass wir Entscheidungsgrundlagen schaffen müssen, die für die Bürger glaubhaft und nachvollziehbar sind, zum Beispiel auch betreffend die Osterweiterung.

Im Interesse Österreichs, aber auch im Interesse der Union muss es eine sorgfältige Abwägung geben, welche Vorteile welchen Nachteilen gegenüberstehen, welcher Nutzen welche Kosten nach sich zieht.

"Die derzeit angewandte Methode", schreibt Christian Ortner im "Format", "einen Blankoscheck vom Steuerzahler einzufordern und all jene als provinzielle Kleingeister zu denunzieren, die ihn so nicht unterschreiben wollen, wird sich letztlich als kontraproduktiv erweisen."

Wir in Österreich sehen unsere Verpflichtung darin, unsere Nachbarstaaten nach Kräften dabei zu unterstützen, dass sie die für den Beitritt notwendigen Standards in der Sozialpolitik, der Umweltpolitik, der Rechtspolitik erreichen können. Aber wir erwarten von den Beitrittskandidaten auch, dass sie die in Europa geltenden Standards der Menschenrechte und der Sicherheit bei Atomkraftwerken zu erfüllen bereit sind. (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

In diesem Sinne sollten die Erfahrungen der letzten Monate dazu genutzt werden, gemeinsam den Pfad der Vernunft zu beschreiten. Um diesen Pfad mit Leben zu erfüllen und fruchtbar zu nutzen, müssen wir uns mit gegenseitiger Achtung begegnen, unsere demokratische Zuverlässigkeit außer Streit stellen und die gemeinsame Verantwortung für Österreich über alle parteipolitischen Ziele stellen.

Angesichts der Reaktion der Opposition auf die Aufhebung der Sanktionen in den letzten Tagen habe ich meine berechtigten Zweifel dahin gehend, ob wirklich alle die richtigen Lehren aus dieser Entscheidung gezogen haben. (Zwischenruf der Abg. Huber.) – Frau Kollegin! Wer im Zusammenhang mit den Sanktionen das eigene schlechte Gewissen überdecken will, indem er mutwillig und völlig unbegründet versucht, die politische und persönliche Integrität des Justizministers zu untergraben, hat aus den Ereignissen der letzten Monate nicht die richtigen Lehren gezogen. (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)

Justizminister Dr Dieter Böhmdorfer besitzt nicht nur mein persönliches Vertrauen, sondern auch das volle Vertrauen der gesamten Bundesregierung und das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung, wie wir aus vielen Reaktionen der letzten Tage und Wochen wissen. (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Die politischen Schlussfolgerungen aus den Sanktionen der "EU-14"-Staaten liegen auf der Hand:

Europa braucht mehr Beteiligung der Bürger.

Europa braucht die Garantie, dass demokratische Wahlentscheidungen der Bürger geachtet und respektiert werden.

Europa braucht institutionelle Vorkehrungen, um diese Ziele sicherzustellen.
Europa braucht wieder eine Vision und eine Besinnung auf seine Ideale.

Europa braucht Staatspolitiker, die jenseits ihres persönlichen Ehrgeizes das Gesamtinteresse Europas nicht aus den Augen verlieren, Staatspolitiker, die ausgestattet sind mit der Bereitschaft, mutig und entschlossen an die Herausforderungen dieses Kontinents heranzugehen.

Wenn wir bereit sind, auch in diesem Hohen Hause die Interessen Österreichs gemeinsam zu vertreten,

geben wir nicht nur ein Zeichen der demokratischen Reife dieses Landes, sondern auch ein Zeichen dafür, dass wir ein konstruktiver Mitgestalter des künftigen modernen und solidarischen Europas sein werden. – Danke schön. (Lang anhaltender Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)